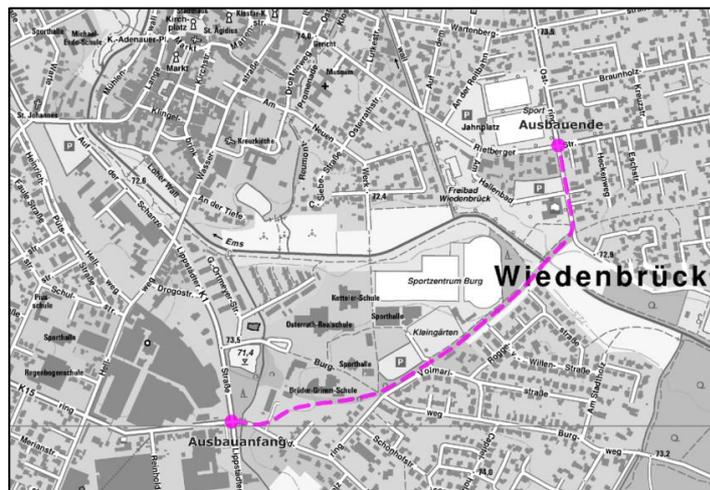


Homepage-Infos zum Südring in leichter Sprache

Südring – Neue Straße für Wiedenbrück

Warum wird gebaut?

In der Innenstadt von Wiedenbrück gibt es viel Verkehr. Die Stadt möchte diesen Verkehr verringern. Außerdem soll es für neue Wohngebiete im Süden eine bessere Verbindung zu den großen Straßen geben. Deshalb plant die Stadt eine neue Straße: den Südring.



Die neue Straße verbindet die Lippstädter Straße mit der Rietberger Straße. Damit wird eine Lücke im Straßennetz zwischen Südring und Ostring geschlossen.

Schon seit 1990 gibt es im Süden von Wiedenbrück viele neue Wohngebiete. Das bedeutet: Immer mehr Menschen wohnen dort – und es gibt mehr Verkehr. Die neue Straße soll den Verkehr besser verteilen, Umwege vermeiden und die Innenstadt entlasten. Eine Untersuchung hat gezeigt: Der Verkehr auf der Wasserstraße und der Langen Straße kann durch die neue Straße um etwa 30 % reduziert werden. So wird es in der Innenstadt ruhiger, sauberer und sicherer.

Wie sieht die neue Straße aus?

Die neue Straße wird etwa 1,25 Kilometer lang. Sie verläuft größtenteils auf einer ehemaligen Bahntrasse entlang von Wohnhäusern, Schulen mit Sportplatz, einem Hallenbad, Kleingärten und Firmen.

Die Straße bekommt:

- Kreisverkehre mit Zebrastreifen an der Lippstädter Straße und Rietberger Straße
- zwei Fahrstreifen (je 3,25 Meter breit),
- einen 5 Meter breiten Weg für Fußgänger und Radfahrer auf der Nordseite,
- Grünstreifen und Lärmschutzanlagen für weniger Lärm.

Am Anfang und Ende der neuen Straße (an der Lippstädter Straße und Rietberger Straße) kommen Kreisverkehre.

Besonders wichtig ist der Schutz der Schulkinder. Deshalb wird es an einigen Stellen sichere Überwege geben. Am Burgweg und Horstwiesenweg sind zusätzlich Ampeln geplant.

Auch zum Schutz vor Lärm werden begrünte Erdwälle und Lärmschutzwände gebaut. Es gibt außerdem Brücken über die Ems und den Hamelbach. Für die Natur gibt es Ausgleich: Zum Beispiel werden neue Bäume gepflanzt und verschiedene Maßnahmen im Bereich der Emsaue umgesetzt.

Was kostet das Ganze?

Die neue Straße kostet ungefähr 15 Millionen Euro. Das Geld wird für viele Dinge gebraucht, zum Beispiel:

- den Bau der Straße,
- die Planung durch Fachleute,
- den Natur-Ausgleich.

Ein Teil der Kosten kann vielleicht vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen werden. Das Land hat ein Förderprogramm für Straßen in Städten. Die Förderung liegt oft bei etwa 70 % der förderfähigen Kosten. Der Bau der Straße ist davon abhängig, ob und wann eine Förderung kommt.

Was sagen die Verkehrsexperten?

Die Verkehrsplanung wurde 2024 noch einmal genau überprüft. Dabei hat sich gezeigt: Insgesamt steigt der Verkehr nicht so stark wie vorher angenommen. Trotzdem bringt die neue Straße wirklich eine Entlastung für die Innenstadt und verteilt den Verkehr besser. Die Ziele der Planung werden also erreicht.

Was ist mit dem Planfeststellungsbeschluss?

Am 10. Oktober 2023 hat die Bezirksregierung Detmold entschieden: Die Stadt Rheda-Wiedenbrück hält alle gesetzlichen Vorgaben ein. Die Planung ist sinnvoll und hilft, die Verkehrsprobleme zu lösen.

Wie werden Schulen und Wohngebiete geschützt?

- Es gibt sichere Überwege für Fußgänger und Radfahrer.
- An wichtigen Stellen (Burgweg, Horstwiesenweg) werden Ampeln aufgestellt.
- Der Geh- und Radweg wird von der Straße getrennt geführt.
- Die Lärmschutzanlage bei der Brüder-Grimm-Schule ist nicht nur aus Beton, sondern teilweise bepflanzt und auf einem grünen Wall gebaut.



Gibt es Streit um das Projekt?

Ja. Am 14. Dezember 2023 wurde gegen den Bau der Straße geklagt.

Im Januar 2025 hat ein Gericht gesagt: Die Stadt darf die Straße nicht bauen, weil es sich angeblich um eine Kreisstraße handelt – und nicht um eine Gemeindestraße. Nur für Gemeindestraßen darf die Stadt selbst planen.

Die Stadt, der Kreis und die Bezirksregierung sehen das anders. Sie sagen: Die Straße dient vor allem der Stadt – also ist sie eine Gemeindestraße.

Die Stadt hat deshalb beschlossen, gegen das Urteil vorzugehen. Das nächste Gericht (das Oberverwaltungsgericht in Münster) wird sich mit dem Fall beschäftigen. Eine Entscheidung wird im Jahr 2026 erwartet.